

## Kürzere Quarantäne im Gespräch

Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern beraten, ob zehn statt 14 Tage genügen

■ Berlin/Brüssel. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist offen für eine mögliche Verkürzung der Quarantäne bei Corona-Verdachtsfällen von derzeit 14 auf nur noch zehn Tage. Es gelte jetzt abzuwägen, was „die richtige Quarantänelänge“ für Herbst und Winter sei, sagte der CDU-Politiker. Bis Anfang Oktober soll ein angepasstes Konzept erarbeitet werden.

Spahn sagte, in der Debatte gehe es nicht um falsch oder richtig. So gebe es Argumente für eine Quarantäne von 20 wie von zehn Tagen. Je länger die Quarantäne, desto größer sei die Wahrscheinlichkeit, alle potenziell Infizierten zu erfassen und die Weiterverbreitung des Virus gen null zu bringen. Auf der anderen Seite stünden der Aufwand und Belastungen für die Betroffenen, aber auch für die Wirtschaft, Kitas oder Schulen. Spahn verwies auf Berechnungen des Robert Koch-Instituts (RKI) für symptomfreie Reiserückkehrer. Demnach seien bei einer 14-Tage-Quarantäne zwei von 100 Infizierten nicht herausgefiltert worden, bei einer Zehn-Tage-Quarantäne vier von 100.

Spahn will über mögliche Neuregelungen mit den Ländern berate-

ten: „Ich möchte gern ein einheitliches Vorgehen haben.“ Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) sagt: „Die Frage nach der Quarantänezeit im Falle eines negativen Tests muss aus meiner Sicht immer vor der Frage diskutiert werden, welcher Zeitpunkt zur Beendigung der Quarantäne eine hinreichende Sicherheit bietet.“

Was der Tag außerdem gebracht hat – ein Überblick:

**Testpannen:** In Hamburg sind 250 Corona-Laborproben von Rückkehrern aus Risikogebieten verloren gegangen. Ursache sei eine falsche Zuordnung, teilte die Gesundheitsbehörde mit. Betroffen sind Menschen, die sich Freitag vor einer Woche im Testzentrum am Flughafen testen ließen. Sie sollen nun schnellstmöglich erneut getestet werden. Alle 250 Personen befänden sich seit der Rückkehr in Quarantäne, hieß es.

In Bayern gibt es erneut Verzögerungen bei der Übermittlung von Corona-Testergebnissen. Die-

ses Mal sind 10000 Menschen betroffen, wie ein Sprecher des bayerischen Gesundheitsministeriums einräumte. Sie waren zwischen Samstag und Dienstag an bayerischen Flughäfen auf das Coronavirus getestet worden und bekamen nicht innerhalb der versprochenen Frist von 48

Stunden das Ergebnis mitgeteilt. Nach Ankunft des privaten Dienstleisters Ecolog, der im Auftrag des Freistaats an den Flughäfen München, Nürnberg und Memmingen die Tests durchführt, gab es eine Computerpanne. Laut Gesundheitsministerium ließen sich bisher 370000 Reise-

rückkehrer an den Stationen im Freistaat testen. Mehr als 4600 davon waren positiv.

**Reisebeschränkungen:** Im Kampf gegen das Wirrwarr bei Corona-bedingten Reisebeschränkungen hat die EU-Kommission den Mitgliedstaaten konkrete Vorschläge vorgelegt. Das Konzept der Brüsseler Behörde sieht vor, sich schnellstmöglich auf gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte für

die Einführung von Reisebeschränkungen zu verständigen. Zudem schlägt sie die Erstellung einer EU-Risikogebietskarte und einheitliche Regeln für Reisen in Risikogebiete vor. Bislang gibt es beispielsweise für Reiserückkehrer sehr unterschiedliche Test- und Quarantänepflichten. Konkret empfiehlt die Kommission zum Beispiel, nur diejenigen Gebiete in der EU als Hochrisikogebiete einzustufen, in denen die Zahl aller innerhalb von 14 Tagen neu gemeldeten Covid-19-Fälle über 50 liegt und der Anteil der positiven Tests an allen durchgeführten Covid-19-Tests 3 Prozent oder mehr beträgt oder in dem die Zahl aller innerhalb von 14 Tagen neu gemeldeten Covid-19-Fälle über 150 pro 100 000 Personen liegt.

Von Einreisenden aus solchen Gebieten könnte dann verlangt werden, sich 14 Tage lang in Quarantäne zu begeben oder vorzugsweise bei Ankunft einen Covid-19-Test zu machen. Ob und wann die Vorschläge umgesetzt werden, ist jetzt Sache der Mitgliedstaaten. Laut EU-Kreisen will Deutschland das Thema im Rahmen seiner derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft vorantreiben.

„Ich möchte gern ein einheitliches Vorgehen haben.“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will mit den Ländern beraten.